

## Öffentliche Sitzung

des Klima-, Umwelt-, Energie- und Bauausschusses/Betriebsausschusses für Stadtentwässerung

am Mittwoch, den 03.05.2023

im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 16:10 Uhr

Ende: 20:10 Uhr

### Anwesend:

#### **Vorsitzender**

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

#### **stellv. Vorsitzender**

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

Herr Bürgermeister Julius Mihm

#### **CDU**

Herr Stadtrat Johannes Barth

Herr Stadtrat Martin Bläse

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christof Preiß

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

#### **Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Herr Stadtrat Karl Miller

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

#### **SPD**

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

#### **sozial.ökologisch.links.**

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

#### **Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd**

Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-  
Streit ab 16:21 Uhr.

#### **Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd**

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski

#### **FDP/FW**

Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

#### **Ortsvorsteher/in**

Herr Ortsvorsteher Josef Heissenberger

#### **Schriftführerin**

Frau Melanie Bihlmaier

#### **Verwaltung**

Herr Zeno Bouillon

Herr Jan Fischer

Herr Gerhard Hackner

Herr Markus Herrmann

Herr Markus Hofmann

Herr Jürgen Musch

Herr Helmut Ott

Frau Franka Zaneke

**Abwesend:**

**CDU**

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

## Tag e s o r d n u n g

=====

- 1** Fortsetzung der LED-Umrüstung der Straßenbeleuchtung in Schwäbisch Gmünd  
- Doppelhaushalte 2022/2023 und 2024/2025  
Maßnahme 10 – Maßnahmenkatalog GMÜND FÜR MORGEN
- 2** LWL-Heranzuführung Neubaugebiet „Teckstraße-Süd“, Hussenhofen - Vergabebeschluss
- 3** Solarkataster für denkmalgeschützte Gesamtanlagen Altstadt Schwäbisch Gmünd
- 4** Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 1351 H IV "Solarpark Mutlanger Heide Erweiterung mit einem optionalen Batteriespeicher", Gemarkung Schwäbisch Gmünd  
- Einleitungsbeschluss
- 5** Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 132 G "Wohnen im Salvatorpark", Gemarkung Schwäbisch Gmünd im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung)  
- Satzungsbeschluss
- 6** Umbau und Sanierung der bestehenden Regenwasserbehandlungsanlagen im Rotenbachtal im Zuge der Äußeren Erschließung des Baugebietes „Holder II“ - Vergabebeschluss -
- 7** Rauchbeinschule in Schwäbisch Gmünd  
Generalsanierung  
Elektroinstallation/Digitalisierung  
Baubeschluss  
Beauftragung Architekt und Fachplaner
- 8** Vergabebeschluss Provisorischer Kindergarten Krähe, Außenanlagen – Landschaftsbauarbeiten
- 9** Vergabebeschluss Neu- und Umgestaltung des Altstadtquartiers Schattentheaterplatz, Mohrengäßle und Freudental – Landschaftsbauarbeiten
- 10** Ausblick auf künftige Vorhaben
- 11** Bekanntgaben
- 11.1** "Lebenswerte Altstadt. Projekt Schmiedgassen" – Weiteres Vorgehen
- 11.2** Hochwasser in Faenza
- 12** Anfragen
- 12.1** Gestaltung von Sitzmöglichkeiten
- 12.2** Sportplatz Rehnenhof/Wetzgau

### 12.3 Aktueller Stand "Wohnen an der Stadtmauer"

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

**zu 1 Fortsetzung der LED-Umrüstung der Straßenbeleuchtung in Schwäbisch Gmünd  
- Doppelhaushalte 2022/2023 und 2024/2025  
Maßnahme 10 – Maßnahmenkatalog GMÜND FÜR MORGEN  
Vorlage: 088/2023**

**Protokoll:**

Herr Ernst und Herr Bantel präsentieren den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für den Vortrag. Man habe es in der Klausurtagung bereits vorbesprochen und man sei prinzipiell dabei, da die Umrüstung weitergehen müsste. In der Vorlage stehe, dass es sich über die Jahre durch die Energieeinsparung rechne. Die Lampen sollten hierfür mindestens 18 Jahre im Einsatz sein. Dennoch müsse man schauen, dass man möglichst günstig verfare. Von 2017 bis 2023 habe man eine Preissteigerung um 300 Prozent, dies sei sehr hoch. Man müsse es machen, dies stehe außer Frage. Aber man müsse auch schauen, dass man die Produkte günstig und auch im Vorfeld einkaufe, sodass man es abarbeiten könne. Er erkundigt sich, warum man die Zuschüsse nicht beantrage. Den Marktplatz müsse man ausgeklammert sehen. Er erkundigt sich, warum man die bestehenden Lampen dort nicht einfach umbauen könne.

Herr Ernst antwortet, dass man die Förderung in der Vergangenheit bereits beantragt habe. Aufgrund der bestehenden Verzögerung zwischen Materialbestellung und -lieferung sei es aber zu keiner Förderung gekommen, daher habe man dieses Mal davon abgesehen.

Herr Weller ergänzt, dass der Förderrahmen immer auf zwölf Monate ab der Antragstellung begrenzt sei. Die vorläufige Zusage dauere jedoch mindestens sechs Monate. Erst mit der Zusage könne man in den Beschaffungsprozess gehen, man habe daher nur sechs Monate Zeit. Dies sei nahezu unmöglich.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass es ein Bundesförderprogramm sei. Die Bundespolitik passe in diesem Fall nicht zur Kommunalpolitik. Man werde daher einen Brief nach Berlin verfassen.

Herr Weller führt aus, dass die Kosten aufgrund steigender Materialpreise, aber auch aufgrund steigender Löhne gestiegen seien. Bisher war beispielsweise eine Lieferzeit von 12-14 Monaten bei Stahlrohrbeleuchtungsmasten gängig, aktuell liege diese bei über 20 Monaten.

Herr Ernst führt fort, dass dies der Grund sei, warum es oft so lange dauere, bis man einen Mast austausche.

Stadträtin Bijok/Bündnis 90/Die Grünen freut sich, dass man es umrüste. Man nehme sehr viel Geld in die Hand, aus Sicht der Fraktion sei jeder Euro für energieeinsparende Maßnahmen gut investiert. Die Fraktion habe bereits im Juli 2022 eine Anfrage zu insektenfreundlichen Lampen gestellt gehabt, diese sei bisher unbeantwortet gewesen. Man interpretiere die Vorlage als Antwort darauf. Sie erkundigt sich, warum die Amortisationszeiten so gestiegen seien.

Herr Bantel antwortet, dass dies auf die gestiegenen Kosten zurückzuführen sei. In Bettringen habe man eine Einsparung von 73 Prozent, durch die sukzessive Erneuerung liege man bei knapp 50 Prozent. Daher würde sich die Amortisationszeit auch nach hinten schieben.

Stadträtin Bijok/Bündnis 90/Die Grünen weist darauf hin, dass es in Bettringen Zwischenfälle gegeben habe. An den Lampen, die an Seilen aufgehängt seien, hätten Vögel genistet, die dann entfernt worden seien. Man solle künftig die Brutzeiten beachten. Außerdem gefielen ihr die Planungen am Marktplatz nicht. Walter Giers sei ein überregional bedeutender Künstler, man solle diese daher erhalten.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man keine Absicht habe, den Lichtbaum zu beseitigen.

Herr Bantel antwortet, dass man die Maßnahme für vier Monate unterbrochen habe, als man die Vögel gesehen habe. Auch künftig werde man darauf achten.

Stadtrat Schwab/SPD geht davon aus, dass der Strompreis fallen werde. Daher müsse man mit längeren Amortisationszeiten rechnen. Er halte die LED-Umrüstung nicht für sinnvoll, man solle die Lampen stehen lassen solange es noch gehe und sinnvoll machbar sei. Auch das Naturschutzgesetz Baden-Württemberg halte er in diesem Punkt für unsinnig. Wenn man das gleiche Geld in erneuerbare Energien investieren würde, dann hätte man bei einem geringeren Strompreis eine höhere Wirtschaftlichkeit, das Geld wäre also besser investiert. Zudem hätte man eine zwanzig Mal höhere CO<sub>2</sub>-Reduktion. Daher halte er die Maßnahme für nicht besonders sinnvoll. Der Naturschutz sei der Fraktion sehr wichtig, auch das Artensterben. Es gebe aber auch andere Maßnahmen, die man sofort treffen könne. Der Klimawandel trage mehr zum Artensterben bei als die Lichtverschmutzung. Gut finde er es, dass die Maßnahme aus dem Haushalt der Stadt finanziert werde. Beim Marktplatz finde er es gut, wenn man die Lampen so lange wie möglich erhalte.

Stadtrat Dr. Benk/sozial.ökologisch.links führt aus, dass die Stadtwerke eine GmbH mit Beteiligung der Stadt seien. Es liege damit kein Inhouse-Konzept vor. Er erkundigt sich daher, warum keine Ausschreibung erfolge, sondern der Auftrag direkt an die Stadtwerke vergeben worden seien. Es sei nicht seine persönliche Meinung, sondern es stehe im Prüfbericht der Gemeindeprüfungsanstalt. Der Sinn der Ausschreibung sei, es günstiger zu machen.

Herr Bantel antwortet, dass man es in der Vorlage aufgeführt habe. Man schlage vor, es über die Stadtwerke über den direkten Vertrag zu machen. Es sei eine Unterhaltungsmaßnahme.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste äußert, dass die vierfache Kostensteigerung zu indiskutablen Preisen führen würde. Vom Grundsatz her halte man die Maßnahme für sinnvoll. Man merke immer mehr, dass die Planungszeiträume zu sehr hohen Kosten führen würden. Man müsse daher sehr viel schneller planen und durchführen. Als Beispiele für diese Kostensteigerungen nennt er die Birkhof-Brücke und das Bauvorhaben am Salvatorpark. Man brauche sich über diese Kostensteigerungen dann nicht wundern. Daher müsse man von Anfang an prüfen, wie schnell man es umsetze. Die Verwaltung müsse schneller arbeiten.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass die Feststellung richtig sei und manche Dinge länger brauchen würden. Es sei aber zu einfach zu sagen, dass die Verwaltung schneller arbeiten müsse. Es stecke oft ein komplexer Prozess dahinter. Beim Wohnpark am Salvator sei nicht die Verwaltung schuld. Man wolle an der Mutlanger Heide einen Solarpark erweitern. Hierfür brauche man einen Bebauungsplan, das Verfahren dauere 1,5 Jahre. Hierfür könne die Verwaltung nichts. Es habe damit zu tun, dass man sich in einem bestimmten Rahmen bewege, der verschiedene Prozesse notwendig mache.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste führt aus, dass er es vor diesem Hintergrund für die richtige Vorgehensweise halte, es über die Stadtwerke abzuwickeln. Eine Ausschreibung koste unnötig Zeit.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen äußert, dass die Stadtwerke auch ausschreiben würden. Man solle daher schauen, dass man es umsetze. Sie erkundigt sich, ob man die Seile in diesem Zuge entfernen könne.

Herr Weller antwortet, dass dies nicht möglich sei, da dies noch höhere Kosten verursachen würde.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW begrüßt inhaltlich das Vorhaben. Er erkundigt sich, ob man die Lampen in das Anlagevermögen der Stadt übertragen könnte, da dies wieder Geld in die Stadtkasse spülen würde. Man solle die Umrüstung über Fremdkapital finanzieren.

Herr Bantel antwortet, dass die Stadtwerke über die originären Aufgaben hinaus keine finanziellen Möglichkeiten hätten. Daher habe man es zur Stadt zurückgeholt.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass die größte Energiequelle das Energiesparen und nicht das Ersetzen durch erneuerbare Energie sei. Die gewonnene Energie könne man anderweitig, zum Beispiel für das Laden von E-Autos nutzen.

Herr Ernst antwortet, dass die Energieeinsparung durch die Lampen selbst erfolge. Man werde jedoch keine Neuverkabelung vornehmen, daher sei auch der Austausch von Überspannlampen nur bei einer Straßensanierung möglich. Zum Thema Lampen-Laden gebe es Forschungsprojekte, er habe sich auch bei den Hochschulen erkundigt. Das Laden sei aber nur im Zuge einer Abschaltung, die gesteuert werde, möglich. Man müsse außerdem beachten, dass die Lampen nicht direkt an den Parkplätzen stehen würden. Man würde sich daher eine Alternative überlegen.

Stadtrat Bläse/CDU betont, dass man stolz sei, in Schwäbisch Gmünd eigene Stadtwerke zu haben und arbeite daher gerne mit diesen zusammen. Die Stadtwerke müssten selbst viel investieren, daher hätten diese keine finanziellen Möglichkeiten. Zudem gebe es auch den Gewinnabführungsvertrag der Stadtwerke an die Bäderbetriebe. Man müsse sich daher von dem Gedanken verabschieden, dass man die finanziellen Mittel der Stadtwerke verwenden könne. Die Stadtwerke müssten ihre eigenen Aufgaben verfolgen, ansonsten komme man nicht weiter. Man habe sich durch die Planung der LED-Erneuerung durch die Stadtwerke Geld gespart, weil man ansonsten ein Ingenieurbüro hätte beauftragen müssen. Zudem würden es die Stadtwerke einfacher umsetzen als die Stadt selbst.

Stadtrat Dr. Benk/sozial.ökologisch.links ist ebenfalls froh, dass es die Stadtwerke gebe. Als GmbH seien diese nicht der Kontrolle des Rechnungsprüfungsamtes unterworfen, daher sei eine Ausschreibung sinnvoll. Die Negativbeispiele dürften nicht dazu führen, dass rechtliche Vorgaben und die Wirtschaftlichkeit hintenanstelle. Außerdem habe man von der Gemeindeprüfungsanstalt eine klare Rechtsauffassung.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es auch noch andere Perspektiven gebe. Man müsse daher abwägen und am Ende entscheiden.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: Stadtwerke, 20  
nachrichtlich an Amt:

**zu 2      LWL-Heranzuführung Neubaugebiet „Teckstraße-Süd“, Hussenhofen - Vergabebeschluss  
Vorlage: 080/2023**

**Protokoll:**

Stadträtin Bijok/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, ob man sich sicher sei, dass in Hussenhofen nicht der gleiche Fall wie in Herlikofen drohe.

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass es ein Irrtum gewesen sei, den Netzausbau zu privatisieren, da es zur Daseinsvorsorge gehöre. Darauf habe er bereits vor Jahren hingewiesen. Man müsse sich daher nun mit der Reparatur dieses Vorgehens auseinandersetzen.

Herr Hofmann äußert, dass es viel Geld koste und die Stadt dort tätig sei, wo der Markt versage. Man habe es rechtlich geprüft und sei der Auffassung, dass man es ausbaue und weiter vorantreibe.

Stadtrat Dr. Benk/sozial.ökologisch.links erkundigt sich, ob ein Risiko drohe, dass man die Fördersumme wieder zurückzahlen müsse. Er möchte daher wissen, ob das Marktversagen auch vor Gericht Bestand hätte und ob die rechtliche Prüfung durch die Stadt oder auch extern erfolgt sei. Zudem möchte er wissen, ob die sdt.net auch in Hussenhofen aktiv sei.



Herr Hofmann antwortet, dass man alle Akteure eingebunden habe, sowohl interne als auch externe Rechtsexperten. Eine hundertprozentige Rechtssicherheit gebe es nicht. Für Hussenhofen sei nicht bekannt, dass hier Ähnliches drohe.

Stadtrat Dr. Benk/sozial.ökologisch.links. äußert, dass die Kostenschätzung in der Vorlage fehle.

Herr Hofmann antwortet, dass er diese gerne nachreichen könne.

Stadtrat Schwab/SPD erkundigt sich, ob sicher sei, dass die Fördermittel auch fließen würden.

Herr Hofmann antwortet, dass man die Mittel beantragt und auch zugesichert bekommen habe. Man befinde sich in einem Förderkonstrukt. Wann die Fördertöpfe ausgeschöpft seien, wisse man nicht, wann sei aber im ständigen Austausch.

Stadtrat Kaiser/CDU erkundigt sich, ob man die Möglichkeit habe, von der Teckstraße aus weitere Gebiete anzuschließen, insbesondere die Mozartschule.

Herr Hofmann bejaht dies. Die Mozartschule solle so schnell wie möglich angeschlossen werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

### **Beschluss:**

Der Vergabe der erforderlichen Bauarbeiten an die Georg Eichele Bauunternehmung GmbH in Schwäbisch Gmünd - gemäß deren Angebot vom 27.03.2023 und gemäß Bietervergleich (Anlage 1) - für die Erstellung der LWL-Heranführung an das Neubaugebiet „Teckstraße-Süd“, Hussenhofen in Höhe von 358.787,02 € wird zugestimmt.

Die Kosten teilen sich hierbei wie folgt auf (netto):

Baustelleneinrichtung:	8.863,00 €
Komplettleistung Tiefbau:	251.176,20 €
Vermessung:	3.468,00 €
Montage einschl. Glasfaserkabel:	37.994,50 €
+19 % MwSt.	57.285,32€
	<hr/>
	358.787,02

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.4  
nachrichtlich an Amt:

**zu 3 Solarkataster für denkmalgeschützte Gesamtanlagen Altstadt Schwäbisch Gmünd**  
**Vorlage: 082/2023**

**Protokoll:**

Bürgermeister Mihm präsentiert den Sachverhalt.

Stadtrat Preiß/CDU führt aus, dass es eine schwierige Arbeit sei, die geleistet worden sei. Er würde sich die einzelnen Gebäude gerne nochmals anschauen. Man müsse es im Gesamtzusammenhang sehen, es könne aber noch nicht endgültig sein.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass es ein Prozess sei, die farblich angepassten Paneele seien derzeit noch nicht verfügbar.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grüne findet es positiv, dass es wenig Ausschlussflächen gebe, dies sei ein großer Fortschritt für die Altstadt. Wenn man von den fossilen Energien wegkommen wolle, müsse man diesen Weg gehen. Er erkundigt sich, ob an allen Flächen eine gestalterische Prüfung durch die Stadt stattfinden werde.

Bürgermeister Mihm bestätigt dies.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen findet es wichtig, dass man bei der farblichen Anpassung auch prüfen müsse, was es am Markt gebe. Hier müsse man auch etwas flexibel sein. Er erkundigt sich, ob auch Balkonsolaranlagen zulässig seien.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies prüfen werde.

Bürgermeister Mihm führt aus, dass es in der Innenstadt nicht viele Balkone in Richtung Süden gebe. Bei der farblichen Anpassung müsse man sich vortasten. In der Fläche falle mattschwarz weniger auf als der falsche rote Farbton.

Stadtrat Schwab/SPD bedankt sich für die Arbeit. Man solle die Spielräume hinsichtlich der Farben ausloten. Das Gebäude von Stadtrat Preiß in der Bocksgasse 39 sei sicherlich auch jetzt schon eindeckbar.

Stadtrat Dr. Benk/sozial.ökologisch.links. lobt den Vortrag ebenfalls. Es sei ein wichtiger Einstieg. Im Verlauf müsse man sehen, was möglich sei. Die Solarziegel seien inzwischen so gut, dass sie kaum auffallen würden. Dies könne er sich auch am Rathaus vorstellen, die Stadt solle daher mit gutem Beispiel vorangehen.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen bedankt sich für die Vorlage, man sei begeistert und werde zustimmen. Sie erkundigt sich, ob es rechtlich möglich sei, dass die Stadt einen Vorrat anschaffe und diesen dann an die Eigentümer weiterverkaufe.

Oberbürgermeister Arnold verneint dies. Es sei außerdem sehr schwer, die farblich angepassten Module zu bekommen.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste findet die Darstellung eine gute Arbeitsgrundlage. Der Knotenpunkt werde die Umsetzung sein, v.a. im Hinblick, was das Handwerk umsetzen könne, wie sich die Preise entwickeln würden und was das Denkmalamt genehmigen werde. Hier müsse man die Entwicklung abwarten.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW führt aus, dass es ein gut durchdachter Leitfaden sei, man habe gute Arbeit geleistet. Er freue sich für die Bewohner der Altstadt, dass diese nun die Sonnenenergie nutzen könnten. Ihm seien bisher keine farblich angepassten Module bekannt, wenn dann müsse man auf Solarziegel zurückgreifen, hier gebe es eine rasante Entwicklung. Der Weg werde in diese Richtung gehen, man solle daher großzügig bewilligen.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 2, 60  
nachrichtlich an Amt:

**zu 4** **Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 1351 H IV "Solarpark Mutlanger Heide Erweiterung mit einem optionalen Batteriespeicher", Gemarkung Schwäbisch Gmünd - Einleitungsbeschluss**  
**Vorlage: 073/2023**

**Protokoll:**

Herr Hackner präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadtrat Schwab/SPD und Stadtrat Zengerle/SPD erklären sich für befangen.

Stadtrat Bläse/CDU signalisiert Zustimmung.

Stadträtin Bijok/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, ob man auch die Möglichkeit habe, die volle Leistung des Solarparks auszuschöpfen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dran sei.

Herr Büchelmaier präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadtrat Dr. Benk/sozial.ökologisch.links. erkundigt sich, ob man einen Batteriespeicher ebenfalls vorgesehen habe.

Herr Büchelmaier antwortet, dass dies optional dabei sei.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen findet es gut, dass es ausgebaut werde.

Herr Ernst äußert, dass man in zwei bis drei Jahren die Leistung für den Gügling hinbekomme, für den Rest bleibe dann nicht mehr viel übrig. Man müsse davon ausgehen, dass man ein zusätzliches Umspannwerk benötige, hier habe sich andernorts bereits eine Bürgerinitiative gegründet, die sich dagegen ausspreche.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen plädiert für eine unterirdische Verkabelung. Wenn eine Bürgerinitiative dies fordere, dann müsse man dies auch machen.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW signalisiert ebenfalls Zustimmung.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60  
nachrichtlich an Amt:

**zu 5      Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 132 G "Wohnen im Salvatorpark", Gemarkung Schwäbisch Gmünd im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) - Satzungsbeschluss**  
**Vorlage: 074/2023**

**Protokoll:**

Herr Hackner präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage). Er erläutert, dass entgegen der Darstellung in der Vorlage der Aufstellungsbeschluss nicht am 24.05.2019, sondern am 07.07.2021 gefasst worden sei.

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für die Vorstellung. Es sei insgesamt immer ein Abwägungsprozess, es bringe der Umwelt keine Vorteile. Jedoch müsse man das Gesamtpaket betrachten. Dieses beinhalte die Erhaltung der denkmalgeschützten Villa, die ökologische Aufwertung des Parks und eine Bebauung. Dies spreche dafür, es umzusetzen. Man sei daher damit einverstanden. Schade sei, dass der Durchführungsvertrag nicht auf der Tagesordnung stehe. Es sei alles umgesetzt, was man besprochen habe. Man stehe hinter der Bebauung und hoffe, dass es schnell durchgeführt werde.

Stadträtin Bijok/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass seit Beginn des Verfahrens Kritik geäußert worden sei. Die Architektur sei nicht durchlässig, die Verbindungsbauten hätten gestört. Das Klimagutachten bestätige dies. Die Hauptgebäude seien zu hoch. Außerdem stehe in dem Gutachten, dass die Bäume durch einen Holzzaun geschützt werden müssten, dies solle auch so umgesetzt werden. Die Fraktion werde nochmals darüber beraten.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass man den Investor auf den Holzzaun hinweisen müsse. Hätte man die Gebäude längsseitig positioniert, dann hätten im hinteren Teil Bäume gefällt werden müssen. Dies habe man damals abgewogen.

Stadträtin Bijok/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass der Wunsch von Anfang an gewesen sei, die Verbindungsbauten niedriger zu haben.

Stadtrat Schwab/SPD führt aus, dass man das Thema umfangreich vorberaten habe. Er finde es gut, dass trotz des beschleunigten Verfahrens die Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt worden sei. Im klimagerechten Flächengutachten stehe, dass die Bebauung das Klima verschlechtere, am Ende sei es eine Abwägung. Die Fraktion werde mehrheitlich zustimmen. Er hätte sich den Durchführungsvertrag ebenfalls für die heutige Sitzung gewünscht. Ein besonderes Anliegen der Fraktion sei der Anteil des bezahlbaren Wohnraums. Hier werde man nächste Woche nochmals darüber sprechen.

Stadtrat Dr. Benk/sozial.ökologisch.links. äußert, dass erst jetzt alle Gutachten vorliegen würden, daher könne man auch jetzt erst endgültig abwägen. Aus Sicht der Fraktion seien einige Punkte fragwürdig. Zum einen würde er gerne die denkmalrechtliche Genehmigung bis nächste Woche sehen, diese solle den Anlagen beigefügt werden. Außerdem würde im Lärmgutachten darauf hingewiesen, dass die Orientierungswerte nachts überschritten werden würden, das Lärmgutachten verneine die Bebauung daher. Auch beim Artenschutz werde darauf hingewiesen, dass es eine Fledermausfauna gebe, v.a. die Zwergfledermaus lebe dort. Auch diesen Aspekt müsse man beachten. Auch die Klimaanalyse zeige, dass der Neubau den Kaltluftstrom reduziere. Es sei davon auszugehen, dass sich eine starke Veränderung der Strömung nur durch eine große Veränderung des Bauvolumens ergebe. Hinzu komme, dass man bezahlbaren Wohnraum benötige. Der Investor wolle sich davon jedoch freikaufen. Auch das erklärte Ziel der Stadt der Durchmischung wäre nicht erreicht. Das Bauvorhaben sei weder sozial noch ökologisch. In einigen Jahren werde man ansonsten zu hören bekommen, wie man so ein Vorhaben an diesem Berg zulassen könne. Es sei die letzte Möglichkeit zu sagen, dass es nicht gehe.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass die Argumente nicht neu seien. Es gebe jedoch auch andere Meinungen.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen führt aus, dass die Fraktion es begrüße, dass es dem Ende zugehe und Wohnraum geschaffen werde. Es sei ein großes Bauvorhaben und es entstehe ein Windschatten. Jedoch würde auch die bestehende Villa bereits einen Windschatten werfen. Man müsse auch beachten, dass dort Menschen hinziehen, die sich verkleinern möchten und dann an anderer Stelle Wohnraum frei werde. Es sei damit eine Win-Win-Situation. Die Stadt müsse den Bürgern diese Möglichkeit bieten, es sei daher zu begrüßen. Dass der eine Teil des Gebäudes wegfalle, bedauere man immer noch. Der Park sei verwildert, es sei Zeit, dass man wieder einen Park daraus mache. Wenn ein Baum gefällt werde, sei dieser auch in zehn Jahren wieder nachgewachsen, da er keine 100 Jahre alt sei. Man rette die Villa, dies müsse man auch sehen.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste äußert, dass man lange Zeit diskutiert und sich eine Meinung gebildet habe. Bei der Landesgartenschau habe man viele Gutachten eingeholt. Nach der Durchführung habe sich gezeigt, dass einige Gutachten nur theoretisch und nicht richtig gewesen seien. Beim Kaltluft unterhalte man sich über eine Einschränkung von zehn Prozent. Er habe Zweifel, dass die Gutachten alle stimmen

würden. Man solle diesen daher nicht blindlings vertrauen, sondern abwägen. Dies habe man getan. Er sei gespannt, da im Nachgang keine Kontrolle erfolge, außer es gehe etwas schief. Beim Josefsbach habe sich auch gezeigt, dass der Gutachter sich vertan habe. Bei einer zehnpromzentigen Veränderung der Kaltluft bezweifle er, dass dies eine wissenschaftliche Grundlage darstelle. Die Fraktion werde daher zustimmen und hoffe auf eine schnellstmögliche Umsetzung.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW schließt sich dem an. Er widerspricht Stadtrat Benk, das Projekt werde ein Schmuckstück für Schwäbisch Gmünd werden, man solle sich nicht gegen Projekte von Investoren sträuben, man würde diese ansonsten verkaulen. Die Träger öffentlicher Belange hätten keine relevanten Einwände gehabt.

Stadtrat Bläse/CDU findet es beachtlich, dass man Teile eines Gutachtens herausziehe und nicht das Gesamtfazit beachte. Dieses zeige, dass das Vorhaben wenig störe. Wenn man es besser wisse als der Gutachter, dann sei das Gutachten überflüssig. Dass es eine Verschlechterung der Kaltluft durch eine Bebauung gebe, sei klar. Dafür brauche man keinen Gutachter. 10 Prozent seien jedoch im Rahmen, daher brauche man die Zwischenbauten auch nicht ändern. Wenn man nichts mache, dann bekomme man auch nicht mehr bezahlbaren Wohnraum.

Stadtrat Schwab/SPD widerspricht Stadtrat Vatheuer, es sei unwahr. Man verschließe sich nicht grundsätzlich gegenüber Bauprojekten von Investoren, dies zeige beispielsweise auch das Fehrle-Areal. Dieses Projekt hätten alle begrüßt. Die Aussage von Stadtrat Bläse sei ebenfalls nicht korrekt, es werde nicht durch die Schaffung von hochpreisigem Wohnraum auch bezahlbarer Wohnraum geschaffen. Die Fraktion poche daher darauf, dass sich die Investoren nicht freikaufen können bei diesem Projekt, sondern eine soziale Mischung stattfinde.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass jede Fraktion die Gutachten genau bewerte und diese insgesamt einschätzen müsse. Das Objekt stehe im Gesamtzusammenhang mit der Stadt. Man solle nicht auf der Ebene diskutieren, wer die richtige und wer die falsche Bewertung habe. Zielführender sei es, wenn jeder eine Bewertung vornehme und der andere das Ergebnis akzeptiere. Der Vorwurf, dass kein Investor mehr komme, stimme nicht. Man habe gute Beispiele, in der Oststadt entstehe beispielsweise ein ganzes Siedlungsgebiet. Das Projekt hätte man auch anders hinbekommen können, beim Energiekonzept sei der Investor nicht entgegengekommen, der Bau verfolge daher nicht das Ziel der Erreichung der Klimaneutralität.

Stadtrat Dr. Benk/sozial.ökologisch.links. betont, dass der einzige, der die Wissenschaftlichkeit der Gutachten in Frage gestellt habe, Stadtrat Dombrowski sei. Alle anderen hätten sich auf das Gutachten bezogen und unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt. Daher seien diese auch weiterhin notwendig, um eine kompetente Beratung in bestimmten Dingen zu erhalten.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60  
nachrichtlich an Amt:

**zu 6 Umbau und Sanierung der bestehenden Regenwasserbehandlungsanlagen im Rotenbachtal im Zuge der Äußeren Erschließung des Baugebietes „Holder II“ - Vergabebeschluss -  
Vorlage: 081/2023**

**Protokoll:**

Herr Musch erläutert den Sachverhalt.

Stadtrat Preiß/CDU kann die hohen Kosten nicht nachvollziehen. Bedauerlich sei auch, dass es nur ein Angebot gebe.

Herr Musch antwortet, dass dies das Ergebnis der Submission sei. Man habe sich auch um andere Angebote bemüht, habe jedoch keine erhalten.

Stadtrat Tickert/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass man keine Wahl habe, da sich ansonsten alles verzögere.

Stadtrat Zengerle/SPD sieht dies ebenfalls so.

Stadtrat Dr. Benk/sozial.ökologisch.links führt aus, dass eine öffentliche Ausschreibung nicht daran hindere, auf Firmen zuzugehen.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste sieht es ebenfalls so, dass man die Kosten akzeptieren müsse.

Stadtrat Kaiser/CDU findet es ebenfalls schade, dass man nur ein Angebot habe. Er erkundigt sich, ob die Berechnungen der Ingenieurleistungen, die auf die bisherigen Kostenberechnungen und nicht auf das Submissionsergebnis datiert seien, korrekt seien.

Herr Musch bestätigt dies.

Stadtrat Bläse/CDU findet die Diskussion wichtig, auch wenn man es so vergeben müsse. Künftig müsse man die Ingenieurbüros zur Abgabe eines Angebots anhalten. Dies solle telefonisch und nicht nur per E-Mail erfolgen. Künftig wolle man mehr als ein Angebot haben. Gegenüber Stadtrat Benk äußert er, dass das Vorgehen dessen Auffassung entspreche. Er hätte statt einer öffentlichen Ausschreibung lieber ein günstigeres Ergebnis gehabt.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man zwei Mal pro Jahr zu einem Handwerkergespräch einlade, es würden jedoch nur sehr wenige Interesse zeigen.

Stadtrat Bläse/CDU ist der Auffassung, dass man dies anders angehen müsse. Es dürften nicht nur die Projekte vorgestellt werden, sondern die Handwerker müssten auch die Gelegenheit haben, ihre Probleme bzw. was für sie wichtig wäre, anzusprechen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass dies angesprochen worden sei. Man habe ein gutes Gespräch geführt, auch über die aktuellen Herausforderungen.

Herr Piazza bestätigt Oberbürgermeister Arnold. Man sei ins Detail gegangen, die Probleme seien angesprochen worden.

Stadtrat Preiß/CDU betont außerdem, dass in diesem Fall nur Spezialfirmen den Auftrag ausführen könnten.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66  
nachrichtlich an Amt:

**zu 7**

**Rauchbeinschule in Schwäbisch Gmünd**  
**Generalsanierung**  
**Elektroinstallation/Digitalisierung**  
**Baubeschluss**  
**Beauftragung Architekt und Fachplaner**  
**Vorlage: 083/2023**

**Protokoll:**

Herr Caesar präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadtrat Bläse/CDU bittet um ein Kostencontrolling und die regelmäßige Unterrichtung der Stadträte während der Bauphase. So etwas wie bei der Mozartschule dürfe nicht noch einmal passieren. Er regt außerdem an, einen Vor-Ort-Termin zu vereinbaren.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für den Vorschlag.

Stadtrat Tickert/Bündnis 90/Die Grünen findet Bläses Vorschlag gut.

Stadtrat Schwab/SPD bedankt sich für die detaillierte Kostenberechnung, dies sei sehr gut. Den Vorschlag von Stadtrat Bläse begrüßt er ebenfalls.

Stadtrat Dr. Benk/sozial.ökologisch.links. und Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste schließen sich den Vorrednern an.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW kann sich ebenfalls den Vorrednern anschließen und erkundigt sich, wie man eine solide energetische Sanierung mit den großen Glasfasaden hinbekomme.

Herr Caesar antwortet, dass man eine Dreifachverglasung anstrebe. Man versuche, eine praktikable Lösung zu finden. Er könnte sich eine Mitteilung an die Stadträte vorstellen, wenn es eine Baukostensteigerung von mehr als zehn Prozent gebe. Bei



der Mozartschule werde man auch Klarheit schaffen.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 65

nachrichtlich an Amt:

**zu 8 Vergabebeschluss Provisorischer Kindergarten Krähe, Außenanlagen –  
Landschaftsbauarbeiten  
Vorlage: 092/2023**

**Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold führt in den Sachverhalt ein.

Herr Piazza und Herr Bouillon präsentieren den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadtrat Geiger/CDU äußert, dass es ein dauerhaftes Provisorium werde. Es sei gut angelegtes Geld, auch wenn eine Kostensteigerung vorhanden sei. Es sei mit der Kindergartenleitung abgesprochen.

Stadtrat Tickert/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich, es sei eine tolle Lösung. Man müsse schauen, wie die Entwicklung weitergehe, man sei aber auf der sicheren Seite.

Stadtrat Schwab/SPD findet, dass es ein toller und gut durchdachter Vorschlag sei. Man sei froh, dass es angegangen werde. Man habe sich lange dafür eingesetzt.

Stadtrat Dr. Benk/sozial.ökologisch.links. signalisiert ebenfalls Zustimmung. Er erkundigt sich, was der Jahresbau Landschaftsbauarbeiten sei, dieser sei ihm nicht bekannt. Außerdem erkundigt er sich, ob Mehrfachangebote eingeholt worden seien.

Herr Bouillon antwortet, dass man einen Jahresbau für Garten- und Landschaftsbau-maßnahmen habe. Die Maßnahmen seien ausgeschrieben worden. Die Zeitschiene sei sehr wichtig, daher habe man nur die Firmen angefragt, von denen man wisse, dass sie es zeitlich schaffen würden. Man könne die Bieterübersicht gerne nachreichen. Vergleichsangebote habe man eingeholt. Bei den Sonnenschirmen habe man noch einen günstigeren Anbieter gefunden.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW bedankt sich ebenfalls für den Vortrag.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

**Beschluss:**

1. Der Vergabe der Landschaftsbauarbeiten für das Projekt Provisorischer Kindergarten Krähe an die Firma Beyer Garten- und Landschaftsbau, Schwäbisch Gmünd, gemäß Jahresbauangebot 2022/ 2023 in Höhe von 134.034,09 € wird zugestimmt.

Die Gesamtkosten der Maßnahme erhöhen sich von ursprünglich 150.000 € auf 200.000 €. Die Mehrkosten werden gebilligt.

2. Zur Finanzierung der Maßnahme werden aus dem aus dem Ansatz 2022 bei der Investitionsnummer 3650H-0008 (Kinderhaus Kunterbunt Interimslösung Außenanlage) Mittel in Höhe von 150.000 € als Ermächtigungsübertragung gemäß §21 Abs. 1 GemHVO in das Jahr 2023 übertragen.

Im Anschluss stellt Herr Piazza die Planungen zum Kindergarten Kunterbunt (siehe Anlage) vor.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt:67  
nachrichtlich an Amt: 40

**zu 9 Vergabebeschluss Neu- und Umgestaltung des Altstadtquartiers Schatten-  
theaterplatz,  
Mohrengäble und Freudental – Landschaftsbauarbeiten  
Vorlage: 075/2023**

**Protokoll:**

Herr Bouillon erläutert den Sachverhalt.

Stadtrat Preiß/CDU begrüßt das Vorhaben. Er erkundigt sich nach den Pflastersteinen.

Herr Bouillon antwortet, dass es sich um Tegula-Pflastersteine handle.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen bittet um Zusendung der aktuellen Pläne.

Stadtrat Zengerle/SPD findet es gut, dass auch Firmen außerhalb von Schwäbisch Gmünd beauftragt werden würden.

Stadtrat Dr. Benk/sozial.ökologisch.links. weist auf die fehlende Kostenberechnung und Kostenschätzung hin, die er sich wünsche.

Herr Bouillon antwortet, dass er die Kostenberechnung gerne zur Verfügung stellen könne.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste findet es erfreulich, dass die Ecke fertiggestellt werde.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass man an diese Ecken heranmüsse, auch in der Waisenhausgasse. Nur so komme man voran.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 67  
nachrichtlich an Amt:

## **zu 10      Ausblick auf künftige Vorhaben**

### **Protokoll:**

Keine.

## **zu 11      Bekanntgaben**

### **zu 11.1    "Lebenswerte Altstadt. Projekt Schmiedgassen" – Weiteres Vorgehen Vorlage: 096/2023**

#### **Protokoll:**

Frau Passler erläutert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW könnte sich vorstellen, den Zauberwald auch für die Außengastronomie zu nutzen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass dies im Bereich des ehemaligen Kronprinzen vorgesehen sei.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass ein Stufenkonzept vorgestellt worden sei, aktuell sei man in der ersten Stufe gewesen. Es sollte in mehreren Stufen die gesamte verkehrliche Situation behandelt werden. In der Fraktion sei man dann erstaunt gewesen, dass es in der öffentlichen Veranstaltung anders entschieden worden sei als man es im Gemeinderat vorgestellt habe. Die Foren seien zwar gut, aber die Entscheidungen müssten im Gemeinderat getroffen werden.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man gesagt habe, es zu probieren und sich auf die Schmiedgassen konzentriere. Die Bürger sollten auch etwas zu sagen haben und einbezogen werden. Es gebe die einhellige Rückmeldung aus der Bürgerschaft, dass die Händler zugrunde gehen würden. Außerdem solle das, was sich bewährt habe, erhalten bleiben. Der dritte Punkt sei, dass sich die Verbesserung erst bemerkbar machen werde, wenn man den ÖPNV löse. Dies gehe jedoch nur mit einem Gesamtanierungskonzept, dies könne man über die Städtebauförderung umsetzen. Das Remsdeck müsse man dort mit einbeziehen. Mit der Bürgerschaft habe man intensiv beraten. Die Idee sei gewesen, dass man kleinere Busse in der Innenstadt fahren lasse. Diesen Weg werde man gehen. Man werde das Geschaffene anpassen und die Erfahrungen aus dem Pilotprojekt nutzen. Man wolle auch die Sensoren installieren, um den Parksuchverkehr zu vermindern.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen betont nochmals die Wichtigkeit, das Thema in den KUEBA oder Gemeinderat einzubringen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man das weitere Vorgehen in das Gremium einbringen werde. Für die Anpassungen sehe er keinen Grund, diese einzubringen, diese gehörten zum operativen Geschäft, es sei mit den Bürgern so besprochen.

Stadtrat Dr. Benk/sozial.ökologisch.links. findet die Wirkung in der Öffentlichkeit fatal. Denn es sei ein Rückschritt, mehr Verkehr etc. Das Busproblem sei ein zentrales Thema. Der nächste Schritt müsse daher sein, wie man die Busse aus der Vorderen Schmiedgasse herausbekommen. Es habe sich gezeigt, dass die Pop-Up-Idee ohne Gesamtkonzept nicht funktionieren könne. Man hätte daher von Anfang an ein Gesamtkonzept haben sollen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man das Gesamtkonzept gemacht habe, da man ansonsten gar nichts gehabt hätte. Man habe an Erfahrungen gewinnen können. Der Großteil der Bürger frage sich, warum man die Busse aus den Schmiedgassen heraushaben wolle. Man wolle ja genau zu diesen Stationen fahren. Man brauche daher ein Konzept mit kleineren Bussen. Die Bürgerschaft habe es sehr differenziert vorgebracht. Man müsse sich daher ein differenziertes Buskonzept überlegen und dieses auch mit der Firma Abt diskutieren. Es sei nicht frustrierend, es sei dynamisch und konstruktiv gewesen mit ausgezeichneten Ideen der Bürger. Man sei mitten im Prozess und wolle das von außen aufnehmen. Es sei positiv, man solle auf dem begonnenen Weg bleiben.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW findet die Vorgehensweise richtig. Es sei ein agiler Weg. Es sei von Anfang an klargewesen, dass es nicht der Königsweg sei und man nachjustieren müsse. Oberbürgermeister Arnold habe es genau richtiggemacht. Man müsse die großen Busse aus der Schmiedgasse herausbekommen, wenn man es lebenswert gestalten wolle. Auch hier müsse man bei Bedarf nachjustieren. Der Zauberswald sehe gut aus, diese würde sich aus seiner Sicht auch gut für einen Kiosk mit Holztischen eignen.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste betont, dass es von Beginn an eine Experimentierphase gewesen sei. Es sei keine Enttäuschung der Bevölkerung vorhanden, lediglich von einigen Stadträten. Man habe wissen wollen, wie die Bevölkerung reagieren werde. Das Hauptproblem seien Busse, diese könne man nicht in Luft auflösen. Man

müsse schauen, welche Möglichkeiten sich ergeben würden. Der Bedarf für die Aufteilung in eine Bus- und PKW-Spur sei nicht mehr gegeben, daher regt er an, diese zu ändern.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man bereits dabei sei, dies zu ändern. Die Bürgerschaft habe das Problem mit den Bussen erkannt. Wenn man es mit dem Hardt vergleiche, so stelle man fest, dass sich auf dem Hardt ein Verein gegründet habe, hier sei es dann rasch vorangegangen. Dies habe sich in den Schmiedgassen noch nicht institutionalisiert. Das Treffen hätte jedoch zu einer gewissen Annäherung geführt. Die Planung sei das eine, man benötige nachher aber unbedingt Motoren, die dort wirken würden. Es benötige eine Gemeinschaft, einen Verein oder eine Gruppe, die es vorantreibe.

Stadtrat Bläse/CDU sieht es differenziert. Es sei ein Versuch gewesen, dass es ein Pop-Up-Konzept sei, sei von Anfang an klar gewesen. Dass man es in Bürgerforen bespreche, sei super und dies solle auch so stattfinden. Man müsse aber den Brückenschlag zum KUEBA und Gemeinderat finden. Man diskutiere teilweise über einen Baum und halte sich viele Stunden daran auf. Nun komme ein Wald und man werde nicht gefragt.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies im Rahmen der grünen Urbanität beschlossen habe.

Stadtrat Bläse/CDU antwortet, dass man eine Zielsetzung festgelegt habe, nicht aber, dass der Wald dorthin komme. Wenn man dies aus der Zeitung erfahre, sei dies sehr schade. Es müsse daher gemeinsam gehen, da der KUEBA einen größeren Blick habe.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass die nächste Stufe kommen werde, man müsse sich auf die Städtebauförderung vorbereiten. Dazu brauche man aber noch etwas Zeit, es müsse auch ein bürgerschaftliches Engagement gebildet werden. Die Grüninseln wolle man beibehalten. Ein Punkt sei, dass die Händler starke Einbußen beklagt hätten. Daher habe man gesagt, dass man es anpassen müssen. Wenn man zu einem übergeordneten Verkehrskonzept komme, sehe es eventuell anders sein. Man müsse den ÖPNV dort auch weiterhin, mit einer intelligenteren Lösung, vorsehen.

Stadtrat Kaiser/CDU findet ebenfalls, dass es der KUEBA diskutieren müsse. Es sei wichtig, wenn die Bürger sich einbringen würde. Er regt nochmals an, die Beschilderung zum Zentrum, die in die Schmiedgassen führe, zu entfernen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies veranlassen werde.

Stadtrat Kaiser/CDU erkundigt sich, ob man Vorkaufsrechte habe, um Möglichkeiten für den ÖPNV zu schaffen.

Herr Hackner antwortet, dass man dieses aktuell nicht habe. Wenn es ein Sanierungsgebiet werde, bestehe das Vorkaufsrecht.

Stadtrat Barth/CDU führt aus, dass mit den Schmiedgassen eventuell auch falsche Hoffnungen geweckt worden seien, durch Bilder aus anderen Städten. Es sei einen Versuch wert gewesen, aber wenn die Anwohner und Händler zu dem Schluss kom-

men würden, dass man den Verkehr wieder zulasse, dann müsse man dem auch recht geben. Dass man es aus der Zeitung erfahre, sei nicht glücklich. Die Busse seien nach wie vor das Hauptproblem, dies müsse man weiterdenken. Man brauche eine alternative Busplanung. Man müsse überlegen, wie man ein größeres Konzept mache.

Stadtrat Preiß/CDU bittet um Zusendung des Acocella-Gutachtens.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass man eine lebenswerte Altstadt und in diesem Zuge die Schmiedgassen Richtung Wohnen entwickeln wolle. Die Ideen seien daher mal die reinen Verkaufszahlen der Händler. Die Stadtteilforen seien wichtig und gut, aber es werde sehr auf das Detail geschaut. Die Aufgabe der Stadt sei es, das Ganze im Blick zu haben.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.4  
nachrichtlich an Amt:

## zu 11.2 Hochwasser in Faenza

### Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold erläutert die aktuelle Situation in Faenza. Er habe dem Bürgermeister schriftlich seine Hilfe angeboten.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt:  
nachrichtlich an Amt: 41

## zu 12 Anfragen

### zu 12.1 Gestaltung von Sitzmöglichkeiten

#### Protokoll:

Stadtrat Dr. Benk/sozial.ökologisch.links. regt an, die öffentlichen Sitzmöglichkeiten höher zu gestalten. Ältere Menschen hätten Probleme beim Aufstehen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man die Anregung aufnehmen werde.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 67, 68  
nachrichtlich an Amt:

## zu 12.2 Sportplatz Rehnenhof/Wetzgau

### Protokoll:

Stadträtin Dr. Stahl/CDU macht erneut auf Ihre Anfrage zum Zustand des Sportplatzes in Rehnenhof/Wetzgau aufmerksam. Der Boden sei nach wie vor mit Löchern versehen, die Kinder könnten dort nicht Fußball spielen.

Herr Bouillon antwortet, dass man das Thema untersucht habe. Man sei dran.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 67  
nachrichtlich an Amt:

## zu 12.3 Aktueller Stand "Wohnen an der Stadtmauer"

### Protokoll:

Stadtrat Preiß/CDU erkundigt sich, ob das Projekt „Wohnen an der Stadtmauer“ überhaupt noch realisiert werde.

Herr Hackner bestätigt, dass es realisiert werde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt:  
nachrichtlich an Amt: 60

Für die Richtigkeit!

Den .....  
Oberbürgermeister:

Den .....  
Stadtrat:

Den .....  
Schriftführer:

Den .....  
Stadtrat: